

Medienmitteilung 5/2014

Thema	Vernehmlassung Neuordnung des Finanzausgleichs
Rückfragen	Ruth Jo. Scheier, Grossrätin, Tel. 079 479 99 05 Mail: jo.scheier@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau E-Mail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	27.02.2014

DIE GLP AG BEFÜRWORTET EIN SINNVOLLES ANREIZSYSTEM FÜR REFORMEN DER GEMEINDESTRUKTUR

Die Grünliberalen sind grundsätzlich mit der geplanten Neuordnung des Finanzausgleichs einverstanden, einige Vorschläge stossen jedoch auf deutliche Ablehnung. So befürwortet die glp ganz klar ein Anreizsystem, welches zu Reformen in der Gemeindestruktur führt. Zwangsmassnahmen sind nach Meinung der glp nicht zielführend. Die Zusammenarbeit in einer fusionierten Gemeinde, bei welcher mindestens ein Teil zur Fusion gezwungen wurde, dürfte kaum reibungslos funktionieren, womit das eigentliche Ziel verfehlt würde.

Die Grünliberalen sehen die Aargauer Gemeindefusionen als reformbedürftig und unterstützen Bemühungen für Gemeindefusionen. Zwangsmassnahmen sind aus grünliberaler Sicht jedoch abzulehnen. Bei zwangsweise fusionierten Gemeinden bleibt zu befürchten, dass die Zusammenarbeit zumindest mit der zur Fusion gezwungenen Teilgemeinde Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Abgesehen davon würde damit das demokratische Prinzip des „bottom up“ gefühlsmässig verletzt – und gerade die letzten (missglückten) Fusionsversuche haben gezeigt, dass solche Diskussionen sehr emotional geführt werden und schlussendlich oft „aus dem Bauch“ entschieden werden. Zwang ist in einer emotionalen Debatte selten hilfreich.

Weiter unterstützen die Grünliberalen den Grundsatz „wer zahlt befiehlt“ und befürworten die geplante Entflechtung der Verbundaufgaben. Als einzige abweichende Meinung (im Wissen darum, dass der Vorschlag in der Vernehmlassung ist), regt die glp aber an, die familienergänzende Kinderbetreuung klar kantonale zu regeln, nach obigem Grundsatz wünschbar auch von dort finanziert. Es soll den Gemeinden aber frei gestellt werden, sich zusätzlich finanziell zu beteiligen, um die Standortattraktivität zu erhöhen. Mehr Details dazu finden sich in unserer Vernehmlassungsantwort zum Rahmengesetz Kinderbetreuung.